

Antrag Bündnis 90/Die Grünen zur Förderung der Fotovoltaik in Ravensburg

Wir beantragen, dass beim Verkauf von städtischem Bauland an eine Privatperson, an Investoren oder eine Baugemeinschaft zukünftig der Kaufvertrag eine Verpflichtung zur Solarberatung bei der Energieagentur Ravensburg enthält.

Bei Gebäuden mit mehr als 1000 Quadratmeter Dachfläche soll es künftig eine Verpflichtung für den Bau einer Fotovoltaik Anlage geben. Unabhängig davon, ob das Gebäude gewerblich oder als Wohnraum genutzt wird.

Ausnahmen: - wenn das Dach zu mindestens 70 % begrünt wird oder wenn die Warmwasserzubereitung über Solarthermie erfolgt und dadurch der Standard im Wärmebereich erfüllt werden kann.

Begründung:

Wir wollen auf kommunaler Ebene den Klimaschutz weiter voranbringen. Der Umbau der Energieerzeugung auf erneuerbare Energien ist ein wichtiger Baustein von Klimaschutzpolitik. Die Möglichkeiten der Sonnenenergie sind noch lange nicht ausgeschöpft. Bauwillige sollen angehalten werden, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen.

Auf Modelle wie z.B. das „Energiedach“ der TWS, bei dem Eigentümer*innen ihre Dachflächen den TWS als Pächter zur Verfügung stellen und den erzeugten Strom für den Eigengebrauch nutzen können, sind hinzuweisen.

Auch Mieter*innen können über das Mieterstrommodell in den Genuss selbsterzeugter Sonnenenergie kommen und dadurch wirtschaftliche Vorteile in Anspruch nehmen.

Soziale Härten sind zu vermeiden. Sollte nachgewiesen werden können, dass die Ausrichtung des Daches bzw. die Lage des Gebäudes eine wirtschaftliche Härte darstellen würde, sind Einzelbefreiungen zu ermöglichen.

Ravensburg, 5.10.2019

Maria Weithmann